

Frankreich – deine Wahl



Frankreich. Es scheint so, als gäbe es nur einen möglichen Sieger der bevorstehenden Präsidentenwahl: Emmanuel Macron, den bisherigen Amtsinhaber. Er hat in den vergangenen fünf Jahren auch vieles richtig gemacht: Wirtschaftlich steht Frankreich relativ gut da, trotz eines starken Gefälles zwischen dem wohlhabenden Ballungsraum Paris und den dünn besiedelten ländlichen Regionen. Auch die Reindustrialisierung schreitet voran, nicht zuletzt dank deutscher Investitionen, wie Patrick Brandmeier von der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer im iwd-Interview erklärt. —> [Seiten 2-5](#)

Rüstungsindustrie

Die deutsche Verteidigung soll mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro gestärkt werden. Davon wird auch die heimische Rüstungsindustrie profitieren.

—> [Seiten 6-7](#)

Garten- und Pflanzenmarkt

Während der Pandemie sind die Umsätze mit Zierpflanzen auf Rekordniveau gestiegen. Bei den hiesigen Anbaubetrieben kommt der Boom aber kaum an.

—> [Seiten 10-11](#)

Macron zum Zweiten?



Frankreich. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in den vergangenen fünf Jahren vieles richtig gemacht: Er hat die Wirtschaft angekurbelt, die Arbeitslosigkeit gesenkt und Investitionen angestoßen. Die regionale Ungleichheit ist allerdings auch während Macrons Amtszeit weiter gestiegen und spaltet die 68 Millionen Französinen und Franzosen tendenziell in eine teils abgehängte ländliche Bevölkerung und eine urbane Elite.

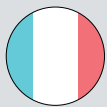
Nach zwei Corona-Jahren und mehreren Wochen Ukraine-Krieg ist das Wahlkampfmotto des amtierenden französischen Präsidenten, der im April ein zweites Mal gewählt werden will, nachvollziehbar: mehr Unabhängigkeit. Emmanuel Macron, der vor vier Jahren mit seiner neu gegründeten Partei „La République En Marche“ (LREM) als bislang jüngstes Staatsoberhaupt in den Élysée-Palast einzog, will deshalb die Rüstungsausgaben Frankreichs von knapp 41 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro anheben und die Zahl der Reservisten verdoppeln. In der Energieversorgung will er ebenfalls unabhängiger werden. Geplant ist, zehnmal mehr Solarenergie als bislang zu produzieren und die Zahl

der Atomkraftwerke um bis zu 14 neue Reaktoren aufzustocken. Auch in Ernährungsfragen soll die Republik künftig autarker sein – indem der Bioanbau stärker gefördert und mehr Nahrungsmittel lokal produziert werden. Und in Schlüsselindustrien will Macron strategische Reserven anlegen, um besser vor Unterbrechungen und Störungen in den internationalen Lieferketten geschützt zu sein.

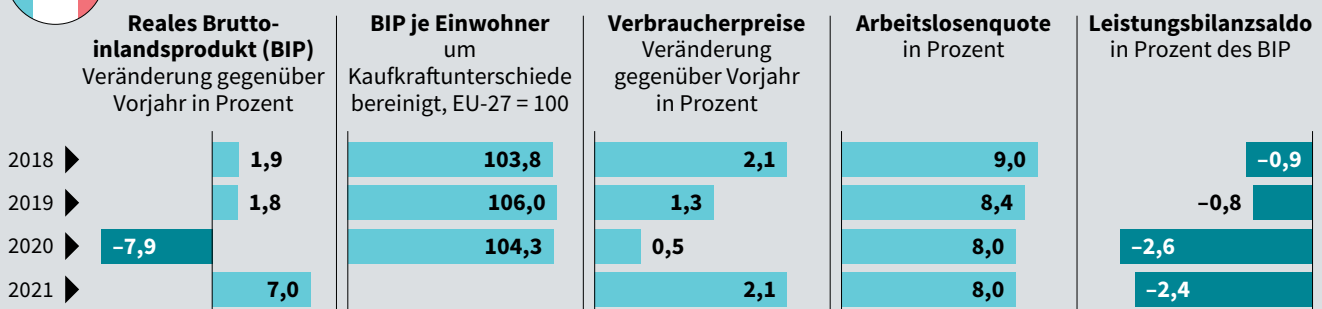
Dann bleiben da noch die Projekte, die Macron während seiner ersten Legislatur nicht umzusetzen vermochte: die schrittweise Anhebung des Rentenalters beispielsweise – von aktuell 62 auf 65 Jahre. Auch die unzähligen Rentenkassen sowie die Sozialhilfe will der französische

Präsident laut Wahlprogramm künftig vereinheitlichen. Ein weiterer Schwerpunkt ist dem Schulwesen gewidmet: Lehrerinnen und Lehrer sollen in Zukunft besser bezahlt und die Schulen autonomer werden – sowohl bezüglich des Unterrichts als auch mit Blick auf die Auswahl des Lehrpersonals.

In Umfragen liegt Macron aktuell mit rund 27 Prozent der Wählerstimmen vorn, seine elf Herausforderer – sieben Männer, vier Frauen – kommen auf deutlich niedrigere Zustimmungswerte. Aufholen konnte zuletzt nur die Rechtspopulistin Marine Le Pen, die in Umfragen Ende März auf 20 Prozent zulegte. Es spricht also viel für eine zweite Amtszeit, zumal Macrons Bilanz in wirtschaftlicher



Frankreich in Zahlen



Arbeitslosenquote 2021 und Leistungsbilanzsaldo 2021: Prognose

Quellen: EU-Kommission, Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd

Frankreich: Regionale Ungleichheit steigt

Kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den jeweiligen Départements der reichsten und ärmsten Region Frankreichs in Euro

Reichste Region: Île de France	2007	2020	Veränderung in Prozent
Paris	75.300	99.900	32,7
Hauts-de-Seine	75.700	98.200	29,7
Essonne	29.900	38.300	28,1
Val-de-Marne	28.900	33.800	17,0
Seine-Saint-Denis	28.300	32.900	16,3
Yvelines	31.600	35.700	13,0
Seine-et-Marne	23.100	25.200	9,1
Val-d'Oise	26.200	26.700	1,9
Insgesamt	43.300	52.700	21,7
Ärmste Region: Lorraine			
Vosges	20.400	22.000	7,8
Meurthe-et-Moselle	22.200	23.800	7,2
Meuse	19.400	19.900	2,6
Moselle	21.900	21.800	-0,5
Insgesamt	21.600	22.300	3,2

Ärmste Region Frankreichs: ohne Berücksichtigung der Überseeterritorien

Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd

Hinsicht überwiegend gut ausfällt (Grafik Seite 2):

Die Arbeitslosenquote in Frankreich lag 2021 bei 8 Prozent, inzwischen erreicht sie mit rund 7 Prozent einen Tiefstand wie zuletzt 2009 – und das inmitten einer Pandemie.

Die Arbeitsmarktreformen, Steuersenkungen sowie weitere wachstumsfördernde Maßnahmen haben außerdem dazu geführt, dass die französische Wirtschaft in den Jahren 2018 und 2019 schneller wuchs als die deutsche. Zudem wurde Frankreich als Investitionsstandort attraktiver: 2019 und 2020 verzeichnete das Land mehr Investitionen aus dem Ausland als die Bundesrepublik.

Viel bewegt hat Macron auch auf europäischer Ebene. Dass der Wiederaufbaufonds, den die EU 2020 aufgelegt hat und der erstmals

mittels gemeinsamer europäischer Schulden finanziert wird, zustande kam, ist dem französischen Staatspräsidenten zuzuschreiben. Ihm gelang es, jahrzehntelange deutsche Vorbehalte gegenüber Gemeinschaftsschulden zu überwinden.

Als problematisch könnte sich indes die Staatsverschuldung Frankreichs erweisen: Sie ist auf 115 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen und schränkt damit die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Auch deshalb ist der Wiederaufbaufonds für das Land besonders wichtig, denn Frankreich dürfte rund 40 Milliarden Euro Direkthilfen aus diesem EU-Programm erhalten.

Ein Teil dieses Geldes soll auch den ländlichen Regionen Frankreichs zugutekommen. Und das ist bitter nötig, denn die Hauptstadtregion dominiert das Land nicht nur politisch: Würde man die Île-de-France – also

den Ballungsraum Paris – von der gesamten Wirtschaftsleistung Frankreichs abziehen, fiel das landesweite Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um rund 15 Prozent niedriger aus. Zum Vergleich: Würde man Berlin aus der deutschen Statistik herausnehmen, bliebe die Wirtschaftskraft pro Kopf praktisch unverändert.

Die Wirtschaftskraft in den übrigen 21 französischen Regionen (ohne Überseeterritorien) ist nicht nur geringer als in und um Paris herum, die Kluft hat sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 auch noch stark vergrößert (Grafik):

Von 2007 bis 2020 wuchs das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der reichsten Region Frankreichs, Île-de-France, um 22 Prozent – in der ärmsten Region, Lorraine, dagegen nur um 3 Prozent.

Dass das Leben auf dem Land in Frankreich häufig so unattraktiv ist, hat viele Ursachen: Anders als im ländlichen Raum in Deutschland fehlt es in der Bretagne oder im Elsass an Hidden Champions, also Unternehmen, die auf dem Weltmarkt eine bedeutende Rolle spielen und den jeweiligen Gemeindekassen ordentlich Geld zuführen. In Kombination mit der geringen Bevölkerungsdichte führt dies dazu, dass beispielsweise das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in vielen Départements höchst unzureichend ist. Auch die Grundversorgung durch Landärzte ist mitunter dermaßen schlecht, dass sich in Frankreich der Begriff der déserts médicaux, der medizinischen Wüsten, herausgebildet hat.

iwd

IW-Kurzbericht 28/2022

Matthias Diermeier: Der Elefant im französischen Raum: regionale Disparitäten
iwkoeln.de/frankreich



Interview. Der Ukraine-Krieg beeinflusst nicht nur den Wahlkampf in Frankreich, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten. **Patrick Brandmaier**, Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer, geht davon aus, dass die beiden Länder wirtschaftlich künftig noch enger zusammenarbeiten werden.

„Frankreich und Deutschland werden enger zusammenrücken“

Herr Brandmaier, ist die Wahl in Frankreich aus Ihrer Sicht schon gelaufen?

Wenn man den politischen Beobachtern und Umfragen glauben darf und den Debatten im öffentlichen Raum folgt, dann ergibt sich ein recht klares Bild: Der aktuelle Präsident Emmanuel Macron liegt mit plus/minus 30 Prozent Zustimmung mit Blick auf den ersten Wahlgang nach wie vor vorne. Zudem ist von den anderen Kandidaten keiner so in Erscheinung getreten, dass man eine entscheidende Veränderung erwarten kann. Das große Bild steht somit für die meisten Franzosen schon fest. Allerdings entscheidet sich die Wahl in Frankreich erst mit dem zweiten Wahlgang, der natürlich offen ist.

Sind die Franzosen damit glücklich?

Für die meisten Franzosen ist derzeit das Thema Kaufkraft wichtig – auch in Frankreich sind die Energiepreise und die Verbraucherpreise insgesamt stark gestiegen, was durch den Ukraine-Krieg noch mal verstärkt wird. Diese Themen bewegen die Menschen und darauf erwarten sie auch Antworten von der Politik. Die Debatten diesbezüglich drehen sich

hier in Frankreich vor allem darum, ob man die gesamte Bevölkerung entlastet oder nur den Teil, der über eine geringe Kaufkraft verfügt.

Das zweite Thema, das die Franzosen bewegt, ist die Frage nach künftigen Reformen. Groß debattiert wird vor allem die verschobene Rentenreform, die der Kandidat Macron bei einer Wiederwahl relativ schnell angehen will. Diese Reform löst bei breiten Bevölkerungsschichten Sorgen aus und hat wahrscheinlich dazu geführt, dass Macron in den jüngsten Umfragen ein wenig zurückgefallen ist – obwohl er seit der russischen Invasion in der Ukraine einen regelrechten Schub erlebte als souverän agierender Staatsmann im Kriegs- und Krisenfall.

Und wie sieht die Wirtschaft eine zweite Amtszeit von Macron?

Eindeutig positiv. Bei unseren 800 Mitgliedern und den französischen Mitgliedsfirmen gibt es einen großen und breiten Zuspruch für die vergangenen fünf Jahre der Regierung Macron. Denn es wurden Reformen angepackt und realisiert, deren erste Ergebnisse die Wirtschaft nun sieht. So hat sich beispielsweise die Arbeitslosigkeit erheblich verringert: Als Herr Macron antrat,

lag die Arbeitslosenquote bei 11 Prozent, heute nähert sie sich der 7-Prozent-Marke. Die Unternehmer sehen, dass dieser Reformkurs mit niedrigeren Produktionssteuern und Liberalisierungen in die richtige Richtung geht, und hoffen, dass die Politik weiter an Rahmenbedingungen arbeitet, die die Wirtschaft noch wettbewerbsfähiger machen.

Und in welchen Punkten hätten die Betriebe mehr erwartet?

Die Unternehmen hätten schon gerne gesehen, dass die Rentenreform in der aktuellen Legislaturperiode kommt, um diesen Schwung in der Post-Covid-Phase, die nun natürlich durch den Krieg beeinträchtigt ist, mitzunehmen.

Als Folge des Angriffskriegs betont Macron, die französische Wirtschaft müsse unabhängiger werden. Steht zu befürchten, dass dieser Kurs der deutsch-französischen Zusammenarbeit schaden könnte?

Das große Ziel Macrons ist die Reindustrialisierung. Der Anteil der industriellen Produktion am Bruttoinlandsprodukt ist in Frankreich etwa halb so groß wie in Deutschland. Über diesen Abstand ist man sich in Frankreich bewusst und man würde



Foto: KLUBA

ihn gerne reduzieren – nicht, weil man zu Deutschland aufschließen will, sondern weil man sich für die Wirtschaft und die Haushaltssituation eine signifikante Verbesserung erhofft. Denn eine stärkere französische Industrie würde die Arbeitslosigkeit weiter senken, die Sozialsysteme entlasten und für ein höheres Steueraufkommen sorgen.

Daneben hat Macron aber auch ein klares Interesse an mehr Autonomie innerhalb Europas. Er will Frankreich und die europäischen Nachbarstaaten weniger abhängig machen von anderen großen Staaten wie den USA, China und eben auch Russland, wo wir vor allem Abhängigkeiten im Energiebereich haben. Hier geht es also ganz klar um eine Zusammenarbeit auf europäischer und damit auch auf deutsch-französischer Ebene.

Wo ließe sich die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Unternehmen verbessern?

Zwei Dinge haben der deutsch-französischen Kooperation eine neue Dynamik gegeben: Das eine war die Unterzeichnung des Aachener Vertrags, der Grundsteine auch im wirtschaftlichen Bereich gelegt hat für eine verstärkte Kooperation wie beispielsweise auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz. Das andere war die Corona-Krise, in deren Folge die Europäische Union ein 750 Milliarden Euro schweres Hilfspaket geschnürt hat und das ebenfalls deutsch-französische Kooperationsfelder beinhaltet, etwa in der Wasserstoffherzeugung oder der Batterietechnologie.

Die Situation in der Ukraine und Russland wird wohl außerdem dazu führen, dass Frankreich und Deutschland enger zusammenrücken – nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich.

Ist die deutsch-französische Zusammenarbeit denn intensiver geworden seit der Unterzeichnung des Aachener Vertrags?

Wir sehen ganz klar, dass Frankreich für deutsche Unternehmen ein attraktiver Investitionsstandort ist. Umfragen aus 2018 und 2020 unter unseren Mitgliedsunternehmen zeigen, dass sich die Einschätzung der Attraktivität des französischen Marktes verbessert hat.

Zudem kommen jetzt zwei neue Standortfaktoren aufgrund der Russland-Krise hinzu: nämlich politische Stabilität und Nähe. Frankreich ist eine stabile Demokratie und wird es auch nach der Wahl bleiben und somit weiterhin ein wichtiger Partner für die deutsche Wirtschaft sein. Geografische Nähe ist ebenfalls von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung: Frankreich ist ein Nachbarland. Wenn sich weltweit die Frachtraten binnen kurzer Zeit verfünffachen, wird diese Tatsache wichtiger. Zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass liegen 30 Kilometer, da sind höhere Dieselpreise kein gravierendes Problem.

Wie schlägt sich denn die Attraktivität Frankreichs als Investitionsstandort in Zahlen nieder?

Deutschland ist 2021 zum größten Direktinvestor in Frankreich aufgerückt. Es gab im vergangenen Jahr in Frankreich insgesamt mehr als 1.600 ausländische Investitionsprojekte verbunden mit der Schaffung von rund 45.000 Arbeitsplätzen in Frankreich, das ist ein neuer Rekord. Darunter befinden sich 460 Industrieinvestitionsprojekte, das sind fast 50 Prozent mehr als 2020. Frankreich ist also nicht nur als Absatzmarkt attraktiv, sondern zunehmend auch als Produktionsstandort sowie für die Forschung und Entwicklung.



Ein Interview mit dem Direktor des französischen Wirtschaftsforschungsinstituts Rexecode, Denis Ferrand, finden Sie auf [iwd.de/rexecode](https://www.iwd.de/rexecode).

Eine Branche im Umbruch

Rüstungsindustrie. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist auch die Frage nach der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr erneut in den Fokus gerückt. Mit einem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen soll nun die deutsche Verteidigung gestärkt werden. Davon dürfte auch die heimische Rüstungsindustrie profitieren, die im Jahr 2020 Waffen und Ausrüstung für rund 11,3 Milliarden Euro abgesetzt hat.

Den mit Abstand meisten Umsatz erzielt die deutsche Rüstungsindustrie im Segment der militärischen Luft- und Raumfahrt (Grafik):

Mit komplexen Systemen wie dem Eurofighter, dem Kampfhubschrauber Tiger und dem Transporter A400M setzte die deutsche Verteidigungsindustrie zuletzt 7,1 Milliarden Euro um.

Seit 2021 hat die Bundeswehr zudem ein Weltraumkommando: Neben der Beobachtung der Aktivitäten anderer Länder stehen sechs Satelliten für Aufklärungs- und Kommunikationszwecke zur Verfügung.

Zudem soll ein Luftkampfsystem aus radarunsichtbaren Kampfflugzeugen und Drohnen gemeinsam mit Frankreich und Spanien entwickelt werden, um auch nach 2040 mit den Fähigkeiten der militärisch führenden Länder mithalten zu können. Da dies momentan nicht der Fall ist, soll als Zwischenschritt ein Kontingent des US-Jets F-35 beschafft werden – eine durch den Ukraine-Krieg bedingte Entscheidung.






Eine Eurofighterversion zur elektronischen Kriegsführung soll ebenfalls in geringer Stückzahl beschafft werden – hier mischen sich Industrie-

politik und Verteidigungspolitik, denn ähnliche Fähigkeiten besitzen amerikanische Flugzeuge bereits, deren Kauf zudem kostengünstiger wäre. Doch ist die Beschaffung der bisherigen Eurofighter für die Luftwaffe fast abgeschlossen und das neue europäische Luftkampfsystem noch weit von der Produktion entfernt: Ohne eine Order zur Überbrückung drohen Kenntnisse und Facharbeiter für die Fertigung verloren zu gehen.

Der heimische Marineschiffbau setzte 2020 etwa 1,1 Milliarden Euro um. Die deutsche Werftindustrie bietet ein breites Spektrum an Fahrzeugen vom U-Boot über Minensucher und Patrouillenboote bis hin zu Fregatten.

In den vergangenen Jahren hat der Ruf von „Made in Germany“ hier aber ein paar Kratzer bekommen, da es Qualitätsprobleme gab und Schiffe nicht rechtzeitig fertig wurden. Aus diesem Grund wird die neue Fregatte F126 – mit circa 10.000 Tonnen Verdrängung so groß wie ein Kreuzer aus den 1930er Jahren – nun unter Federführung der niederländischen Damen-Gruppe gebaut. Dies geschieht allerdings mit jahrelanger Verspätung aufgrund von Rechtsstreitigkeiten um die Auftragsvergabe und knappe Mittel. Während andere europäische Länder ihre Marinewerften überwiegend zu nationalen Konsortien zusammengeführt haben,

Deutsche Rüstungsindustrie in Zahlen

	2015	2020	Umsatz in Millionen Euro	Beschäftigte
 Militärische Luft- und Raumfahrt			6.940 7.100	23.100 22.900
 Waffen und Munition			2.231 2.373	10.818 10.835
 Marineschiffe			1.113 1.086	9.400 9.800
 Militärische Kampffahrzeuge			1.407 721	13.280 12.000
 Insgesamt			11.692 11.280	56.598 55.535

Beschäftigte Marineschiffbau, militärische Kampffahrzeuge: Angaben für 2014 statt 2015; Beschäftigte in der Kategorie militärische Kampffahrzeuge 2020: IW-Schätzung

Quellen: Angaben der Werften, Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Statista, Statistisches Bundesamt, Verband für Schiffbau und Meerestechnik, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

hat Deutschland bislang auf Konkurrenz gesetzt. Nun zeichnet sich aber auch hierzulande eine weitere Konsolidierung ab, zunächst entstehen zwei Wertverbände.

Auf Panzer und andere Militärfahrzeuge entfiel 2020 in Deutschland ein Umsatz von gut 700 Millionen Euro, doch war dies ein Ausreißer – 2019 wurden noch Kampffahrzeuge für 2,3 Milliarden Euro abgesetzt. Mit dem Abschluss der Lieferung des Schützenpanzers Puma an die Bundeswehr und fehlenden Exportaufträgen werden wohl auch 2021/22 sehr geringe Umsätze erzielt. Gegen Ende des Jahrzehnts könnte ein neuer, mit Frankreich entwickelter Kampfpanzer einen Aufschwung bringen.

Dies verdeutlicht die hohe Schwankungsanfälligkeit in der Verteidigungsindustrie, die vollständig von staatlichen Beschaffungsvorhaben abhängig ist.

Ein immer wichtigerer – aber statistisch nicht abgrenzbarer – Bereich der Verteidigung bildet die elektronische Kriegsführung einschließlich der Cyberabwehr. Bereits im Jahr 2014 wurde der Umsatz für Verteidigungs- und Sicherheitselektronik in einer Untersuchung für das Bundeswirtschaftsministerium auf etwa 2,8 Milliarden Euro beziffert. Neuere Daten liegen nicht vor, doch ist davon auszugehen, dass der Umsatz kräftig gestiegen ist. Zum Teil dürfte es sich dabei aber um Vorleistungen handeln, die in den vier klassischen Rüstungsbereichen enthalten sind.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 sind die deutschen Verteidigungsausgaben stark zurückgefahren worden, da die Bedrohungslage als gering empfunden wurde. Während 1989 noch 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung ausgegeben wurden, waren es 2014 nur noch 1,1 Prozent beziehungsweise 33,1 Milliarden Euro.

Auch nach der Besetzung der Krim und dem 2014 von Russland angeheizten Donbass-Konflikt wuchsen die realen Verteidigungsausgaben Deutschlands zunächst nicht, erst 2017 begann ein leichter Anstieg (Grafik):

Im Jahr 2021 betragen die Verteidigungsausgaben rund 47 Milliarden Euro und erreichten mit knapp 1,5 Prozent des BIP ihren höchsten Stand seit 1999.

Diese auf den ersten Blick hohe Summe steht jedoch größtenteils nicht für Beschaffungen zur Verfügung: Mit rund 41 Prozent entfällt ein Großteil auf Personalausgaben und Versorgungsansprüche, nur 18,5 Prozent fließen in neue Waffen und Fahrzeuge sowie 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung. Und schon ab 2023 sollten die Ausgaben nach der bisherigen Planung, die nun durch den Ukraine-Krieg über den Haufen geworfen wurde, selbst nominal wieder sinken.

Da die Entwicklungskosten für neue Hightech-Waffensysteme ständig steigen, werden auch die Schiffe, Flugzeuge und Panzer immer teurer. Gegensteuern kann man hier nur durch größere Stückzahlen, die sich durch Exporte oder Kooperationen erzielen lassen. So sind schon die jüngsten beiden Kampfflugzeuggenerationen der Bundeswehr, der Eurofighter und der Tornado, jeweils europäische Kooperationsprojekte.

Im Jahr 2020 wurden Rüstungsausgaben in Höhe von 5,8 Milliarden Euro genehmigt, 2019 waren es sogar 8 Milliarden Euro. Durch eine restriktive Handhabung von Rüstungsexporten in Länder außerhalb der NATO ist allerdings so manches Waffengeschäft mit zahlungskräftigen Ländern wie Saudi-Arabien nicht zustande gekommen – während europäische Partner, zum Beispiel Frankreich, in diesem Punkt weniger Hemmungen haben.

Verteidigungsausgaben: Zuletzt leicht gestiegen

So viele Milliarden Euro gab Deutschland für die Verteidigung aus

■ Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent

2010	31,20	1,3
2011	31,40	1,2
2012	33,51	1,2
2013	32,81	1,2
2014	33,14	1,1
2015	34,00	1,1
2016	35,14	1,1
2017	36,95	1,2
2018	38,91	1,2
2019	43,12	1,3
2020	46,11	1,4
2021	46,93	1,5

Quellen: Bundesministerium der Verteidigung, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
© 2022 IW Medien / iwd



Seitdem Deutschland vor fünf Jahren von der seit den 1970er Jahren geübten Praxis abgewichen ist und auch Lieferungen von Partnerstaaten in Kooperationsprojekten der deutschen Ausfuhrkontrolle unterwirft, ist die Bundesrepublik zu einem eher ungeliebten Partner bei Rüstungsprojekten geworden – teils wurden deutsche Komponenten bereits durch Teile aus anderen Ländern ersetzt. Auf Druck Frankreichs wurde 2019 für das neue Luftkampfsystem nun wieder die frühere Praxis vertraglich fixiert. Ohne eine generelle Rückkehr zur bis 2017 gepflegten Regelung erscheint eine politisch gewünschte engere Verteidigungskooperation in Europa aber schwer vorstellbar, da sich kein anderer Staat in seinen Lieferentscheidungen von der deutschen Ausfuhrkontrolle abhängig machen will.

Russland im Tank

Dieselmkraftstoff. Neben Erdgas und Rohöl liefert Russland bislang auch große Mengen Dieselmkraftstoff nach Europa. Der Anteil der russischen Importe am Dieselmverbrauch unterscheidet sich zwischen den einzelnen Staaten der Europäischen Union allerdings erheblich.

Seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine und den daraufhin gegen Russland verhängten Sanktionen sind in Deutschland wie auch anderswo die Spritpreise an den Tankstellen in die Höhe geschossen. Das gilt gerade für Dieselmkraftstoff, der in Europa – verglichen mit anderen großen Wirtschaftsräumen – überdurchschnittlich stark nachgefragt wird. Denn neben den meisten

Nutzfahrzeugen fahren in den europäischen Ländern auch besonders viele Pkw mit Diesel.

Obwohl die europäischen Raffinerien darauf eingestellt sind, möglichst viel Dieselmkraftstoff herzustellen, können sie den hiesigen Bedarf aus produktionstechnischen Gründen nicht vollständig decken. Die Lücke wird bislang stets mit Importen aus Russland gefüllt – einem der

wenigen Länder mit einer Überproduktion an Diesel.

Der Importbedarf für Dieselmkraftstoff für Pkw sowie Nutzfahrzeuge ist innerhalb der EU allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich (Grafik):

In Deutschland, dem EU-Land mit dem größten Endenergieverbrauch an Diesel im Straßenverkehr, deckten Importe aus Russland im Jahr 2019 fast 15 Prozent dieses Bedarfs.

In Spanien und Italien dagegen betrug der Anteil importierten Diesels am letzten Kraftstoffverbrauch weniger als 1 beziehungsweise 2 Prozent. Auch die baltischen Staaten importierten 2019 kaum Diesel aus Russland. Ganz anders sieht es in Slowenien aus, dort deckten russische Lieferungen fast 60 Prozent des im Straßenverkehr benötigten Dieselmkraftstoffs ab.

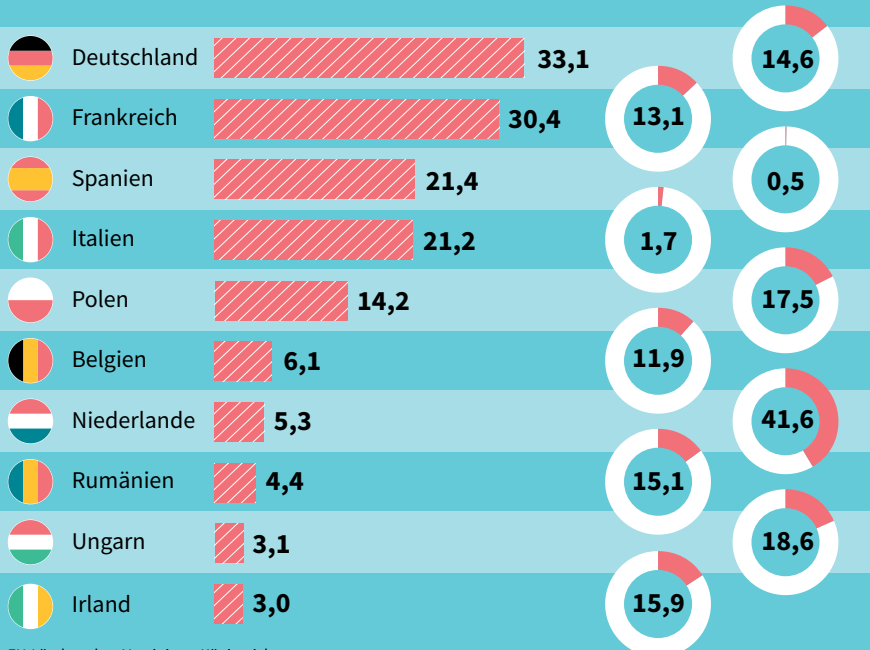
Im Durchschnitt der 27 EU-Länder betrug der Anteil des aus Russland zugekauften Diesels am Endverbrauch zuletzt knapp 11 Prozent. Deutschland lag also leicht über dem europäischen Mittelwert. Den Bedarf an Dieselmimporten aus Russland kurzfristig zu senken, ist kaum möglich. Langfristig gilt es, den Umstieg auf alternative Antriebe zu forcieren – was allerdings vor allem mit Blick auf Nutzfahrzeuge eine gewaltige Herausforderung ist.

Dieselmkraftstoff aus Russland

EU-Länder mit dem höchsten Dieselm-Endenergieverbrauch im Straßenverkehr im Jahr 2019 in Millionen Tonnen



So viel Prozent davon gingen auf Dieselmimporte aus Russland zurück



EU-Länder: ohne Vereinigtes Königreich;
Niederlande: Importanteil dürfte nach oben verzerrt sein, weil ein relevanter Teil des über den Hafen Rotterdam importierten Diesels in andere EU-Länder weitertransportiert wird
Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 21/2022

Thomas Puls: Russlands Bedeutung als Kraftstofflieferant
iwkoeln.de/russland_kraftstoff

Zwei Jahre später

Corona. Masken, Lockdowns und jede Menge Verhaltensregeln: Seit zwei Jahren kämpft die Welt gegen Corona – die Folgen für die Wirtschaft sind massiv. Das IW hat nun eine Zwischenbilanz für Deutschland gezogen. Vor allem der fehlende Konsum hat das Wirtschaftswachstum demnach erheblich gebremst.

Ein höchst seltenes, unwahrscheinliches Ereignis – in der Wirtschaftsliteratur als „schwarzer Schwan“ bezeichnet – trifft Volkswirtschaften besonders hart, weil sie gänzlich unvorbereitet sind. Vor 14 Jahren galt das für die Finanzkrise, seit zwei Jahren für die Corona-Pandemie und seit wenigen Wochen zusätzlich für den Angriffskrieg Russlands.

Wie die Pandemie Deutschlands Wachstum in den Jahren 2020 und 2021 – also vor Russlands Invasion in die Ukraine – beeinflusst hat, hat das IW nun berechnet und dafür die pandemiebedingten Wachstumszahlen verglichen mit jenen einer kontrafaktischen Welt, also einer Welt ohne Virus. Dafür wurde die

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf Grundlage des vierten Quartals 2019 fortgeschrieben. Das Ergebnis ist eindeutig:

Durch die Pandemie hat Deutschland 2020 und 2021 etwa 340 Milliarden Euro verloren – um diesen Betrag wäre die Wirtschaftsleistung höher ausgefallen, hätte es Corona in den beiden Jahren nicht gegeben.

Tatsächlich zeigt die IW-Studie, dass die Einbußen noch heftiger ausgefallen wären, hätten nicht einerseits der Außenhandel und andererseits der Staatskonsum die gesamtwirtschaftlichen Verluste merklich gedämpft. Letzteres allerdings nicht ohne erhebliche Kosten: Allein 2020 gaben der Bund,

die Länder und die Gemeinden etwa 150 Milliarden Euro mehr aus als im Vorjahr – vor allem für den Gesundheitsschutz und für finanzielle Unterstützungen wie die Corona-Überbrückungshilfen.

Besonders deutlich sind die Folgen der Pandemie beim Konsum und bei den Investitionen zu erkennen. Die Zurückhaltung der Verbraucher in Deutschland war insbesondere während der Corona-Wellen hoch (Grafik):

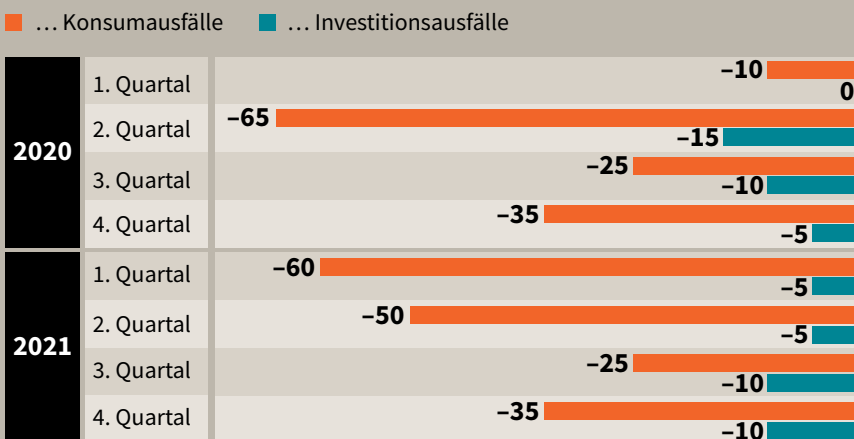
Vor allem in den Winterquartalen brach der private Konsum sehr stark ein. Insgesamt lagen diese Einbußen 2020 und 2021 bei rund 305 Milliarden Euro.

Doch auch die Unternehmen hielten sich zurück: Ihre Investitionen in Anlagen und Maschinen fielen 2020 und 2021 um etwa 60 Milliarden Euro niedriger aus als ohne die Pandemie.

All diese Werte liefern erste Indizien dafür, wie heftig die Wirtschaft durch den schwarzen Corona-Schwan getroffen wurde. Allerdings ist die Pandemie ja noch nicht überwunden – und wird nun vom Krieg überlagert. Eine trennscharfe Zuordnung der wirtschaftlichen Corona-Folgen dürfte ab 2022 also nahezu unmöglich sein.

Corona: Die Spuren von zwei Jahren Pandemie

So hoch waren die ... durch die Corona-Pandemie in Deutschland in Milliarden Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Aus IW-Trends 1/2022

Michael Grömling, Tobias Hentze, Holger Schäfer: Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland
iwkoeln.de/zwei-jahre-corona

Rosige Aussichten?

Garten- und Pflanzenmarkt. Immer mehr Bundesbürger statten ihre Gärten, Balkone und Wohnräume seit Beginn der Pandemie mit Zierpflanzen aus – die Branche vermeldet Rekordumsätze. Doch bei kleineren Anbau- und Produktionsbetrieben kommt der Boom oft nicht an.

Lockdowns, Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, Homeoffice: Das Leben der Bundesbürger hat sich während der Corona-Pandemie größtenteils in den eigenen vier Wänden abgespielt. In den vergangenen zwei Jahren rückte so das eigene Zuhause deutlich stärker in den Fokus – frei nach dem Motto „Trautes Heim, Glück allein“ bemühten sich viele Menschen, zu Hause eine möglichst große Komfort- und Wohlfühlzone zu schaffen.

Ein probates Mittel dafür: Zimmerpflanzen, die nicht nur das Raumklima verbessern, sondern laut zahlreichen Studien auch Stress reduzieren und das allgemeine Wohlbefinden steigern. Mit der Aussicht

auf wohl auch langfristig mehr Homeoffice begrünten immer mehr Menschen ihren Heimarbeitsplatz: Laut einer repräsentativen Befragung vom August 2021 stattete ein Drittel der Bundesbürger, die vorher keine Blumentöpfe besaßen, im Homeoffice ihre Wohnung mit Pflanzen aus.

Doch nicht nur die Pandemie führt dazu, dass in immer mehr deutschen Wohnungen und Häusern Pflanzen zu finden sind – der zunehmende Wunsch vieler junger Städter, auch mit wenig Wohnraum und meist ohne Garten viel Grün und Natur um sich zu haben, ist ebenfalls ein Treiber dieses Trends.

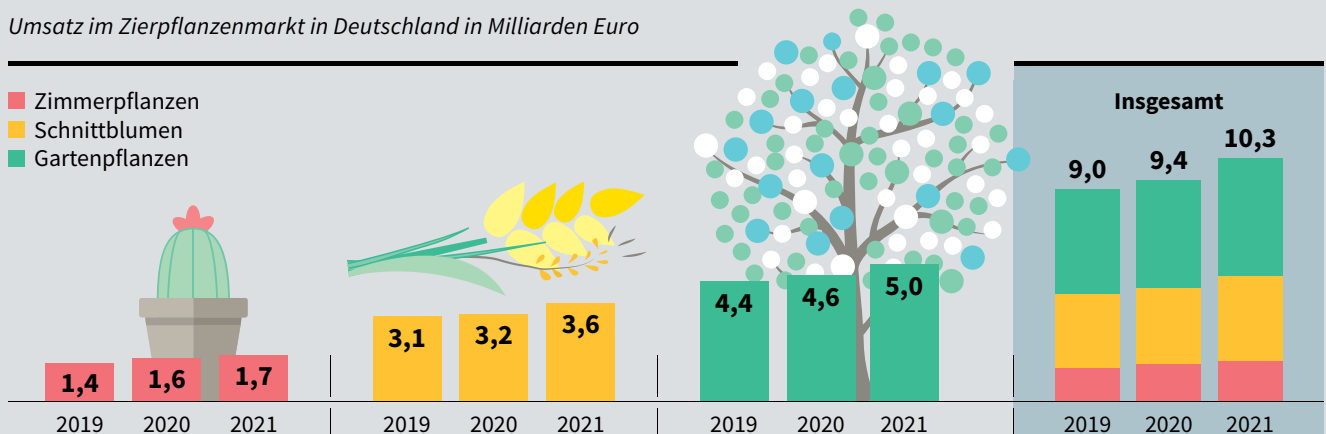
Zimmerpflanzen sind so nebenbei zu einem echten Lifestyleprodukt

geworden, das gerne zur Schau gestellt wird. Auf der Social-Media-Plattform Instagram tummeln sich mittlerweile viele sogenannte „Plantfluencer“. Der Begriff – eine Neuschöpfung aus Influencer und plants, dem englischen Wort für Pflanzen – beschreibt jene Menschen, die viel Zeit und Energie in ihre Zimmerpflanzen stecken und die Fotos ihrer grünen oder blühenden Lieblinge mit einer wachsenden Community teilen. Die bekanntesten Plantfluencer haben mittlerweile Followerzahlen jenseits der Eine-Millionen-Marke, in Deutschland sind die Pflanzenliebhaber auf den Social-Media-Kanälen allerdings noch eher nischig unterwegs.

Der Pflanzenmarkt blüht auf

Umsatz im Zierpflanzenmarkt in Deutschland in Milliarden Euro

■ Zimmerpflanzen
■ Schnittblumen
■ Gartenpflanzen



Quelle: Agrarmarkt Informations-Gesellschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

All diese Entwicklungen führen dazu, dass der Zierpflanzenmarkt nach Jahren der Stagnation – zwischen 2011 und 2018 stieg der Gesamtumsatz in Deutschland lediglich um knapp 1 Prozent – regelrecht aufblüht (Grafik Seite 10):

Von 2019 bis 2021 stieg der Gesamtumsatz im deutschen Zierpflanzenmarkt um rund 15 Prozent auf 10,3 Milliarden Euro.

Mit 5 Milliarden Euro Umsatz ging die Hälfte davon auf das Konto der Gartenpflanzen. Den prozentual größten Zuwachs verzeichneten aber die in der Pandemie so beliebten Zimmerpflanzen – der Umsatz mit ihnen stieg von 2019 bis 2021 um rund ein Fünftel, im vergangenen Jahr gingen 109 Millionen Stück über die Ladentheke.

Ähnlich wachstumsstark präsentiert sich auch die Sparte Gartenmarkt. Neben den Gartenpflanzen, deren Umsatzzahlen sowohl im Zierpflanzen- als auch im Gartenmarkt berücksichtigt werden, zählen dazu auch Gartengeräte und -möbel sowie alle Produkte rund um die Pflanzenpflege wie Dünger und Pestizide. Im Jahr 2021 blieb der Umsatz im Gartenmarkt mit 20,8 Milliarden Euro nur unwesentlich unter dem Wert des Rekordjahres 2020 und bestätigte damit den anhaltenden Trend zum Gärtnern. Von dem Boom profitieren allerdings vor allem große Ketten, wie der Blick auf die Vertriebswege zeigt (Grafik):

Rund ein Viertel des Umsatzes im deutschen Gartenmarkt entfiel im vergangenen Jahr auf Bau- und Heimwerkermärkte.

Dahinter folgten mit jeweils rund 15 Prozent Gärtnereien und der Blumenfachhandel sowie Fachgartencenter. Langfristig betrachtet verliert vor allem der Großhandel an Bedeutung – seit 2010 hat dieser Distributionskanal 5 Prozentpunkte eingebüßt.

Also rundum rosige Stimmung im Garten- und Pflanzenmarkt? Nur bedingt:

Im Vergleich zu 2017 ist die Zahl der deutschen Zierpflanzenproduzenten um 15 Prozent zurückgegangen.

Vor allem kleine und eigentümergeführte Anbaubetriebe mussten in den vergangenen Jahren schließen. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe:

Konkurrenz aus dem Ausland.

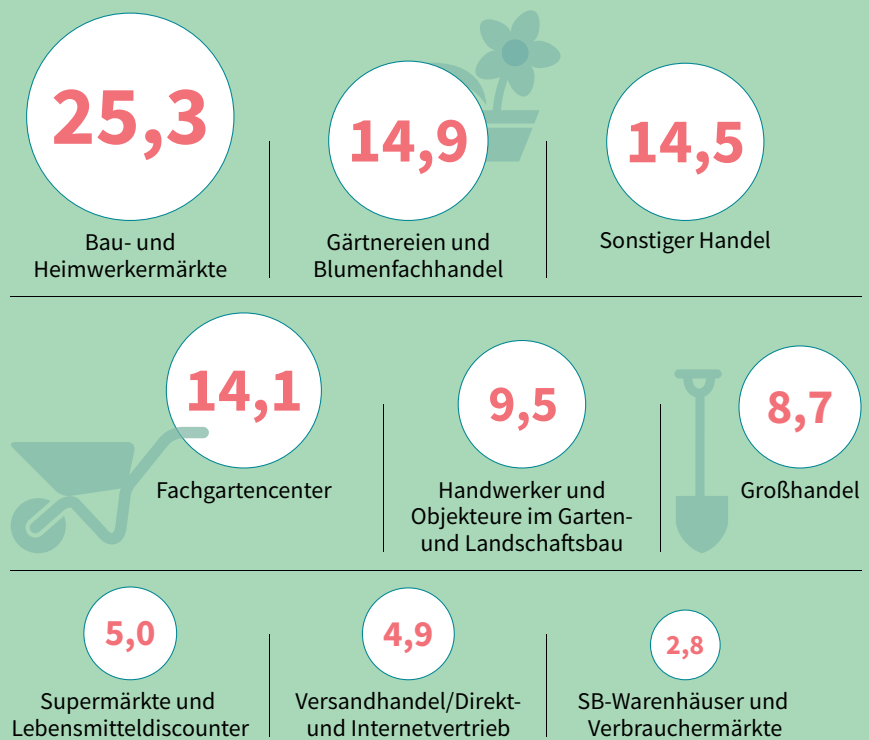
Von der neuen Pflanzenbegeisterung der Bundesbürger kommt in den heimischen Betrieben oft nur wenig an. Denn immer mehr Blumen werden aus dem Ausland importiert, da dieser Vertriebsweg für die Endverkäufer günstiger ist. So kommen mittlerweile vier von fünf

Schnittblumen von weit her – besonders Rosen legen oft Tausende von Kilometern zurück, bevor sie in der Bundesrepublik landen.

Kosten. Laut Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung haben sich die Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt, die Kaufpreise stiegen in diesem Zeitraum noch stärker. Insbesondere kleinere Betriebe kämpfen darüber hinaus mit den steigenden Energiekosten sowie der Anfang 2021 eingeführten CO₂-Bepreisung. Eine kostenintensive Umstellung auf neue, effizientere Heizanlagen können die meisten Privatbetriebe in einer Branche, die stark von saisonalen Gewinnen abhängig ist, nicht stemmen.

Gartenbranche: Baumärkte sind größter Umsatzbringer

So viel Prozent des Umsatzes im deutschen Gartenmarkt im Jahr 2021 entfielen auf diese Vertriebswege



Sonstiger Handel: Zum Beispiel Möbel- oder Holzfachhandel; Objekteure: spezialisierte Bau- und Handwerksfirmen

Quelle: Institut für Handelsforschung © 2022 IW Medien / iwd

Eingriff mit vielen Risiken

Mindestlohn. In 21 von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union existiert eine verbindliche Lohnuntergrenze. Deutschland steht mit einem Mindestlohn von 9,82 Euro auf Rang sechs, wird aber mit der beschlossenen Erhöhung auf 12 Euro ab Oktober fast an die Spitze rücken. Ökonomisch betrachtet ist der starke Eingriff ins Lohngefüge problematisch – aus mehreren Gründen.

Fast alle EU-Länder mit einem gesetzlichen Mindestlohn haben diesen zu Beginn des laufenden Jahres angehoben – keine Anpassung gab es lediglich in Bulgarien, Lettland und Luxemburg. Dennoch steht das Großherzogtum weiterhin

an der Spitze des europäischen Mindestlohnrankings (Grafik):

Mit 13,05 Euro je Stunde war der Mindestlohn in Luxemburg zum 1.1.2022 EU-weit am höchsten, das Schlusslicht bildete Bulgarien mit umgerechnet 2 Euro.

Berücksichtigt man die unterschiedliche Kaufkraft, also das, was die Beschäftigten in den einzelnen Ländern für ihren Lohn in den Geschäften bekommen, verringert sich das Gefälle zwar, bleibt aber deutlich: Kaufkraftbereinigt betrug der Mindestlohn zum Jahresbeginn in Bulgarien 3,41 Euro, in Luxemburg dagegen 9,09 Euro.

Deutschland gewährt den Beschäftigten derzeit mit nominal 9,82 Euro den EU-weit sechstöchsten Mindestlohn. Doch dabei wird es nicht bleiben. Zum 1. Juli steht, wie von der Mindestlohnkommission beschlossen, die nächste reguläre Anhebung auf 10,45 Euro an.

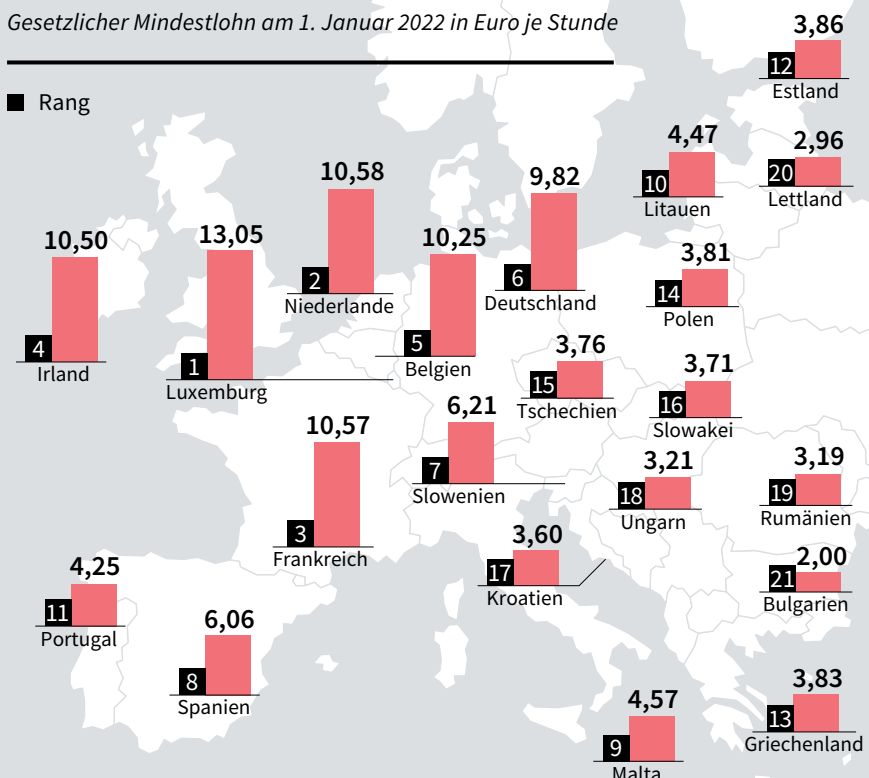
Wenn es allerdings nach der Bundesregierung geht, wird der gesetzliche Mindestlohn bereits am 1. Oktober erneut steigen – und zwar deutlich auf 12 Euro. Einen entsprechenden Beschluss hat das Bundeskabinett bereits im Februar gefasst. Kommt es so, würde Deutschland im EU-Mindestlohnranking an die zweite Stelle hinter Luxemburg rücken.

Was für die Bezieher geringer Löhne erst mal nach einer guten Neuigkeit klingt, ist unter ökonomischen Gesichtspunkten durchaus kritisch zu sehen. Ein wichtiger ordnungspolitischer Punkt ist die Gefahr, dass es nicht bei dem einmaligen politi-

Mindestlöhne in der EU

Gesetzlicher Mindestlohn am 1. Januar 2022 in Euro je Stunde

■ Rang



Dänemark, Finnland, Italien, Österreich, Schweden und Zypern: kein gesetzlicher Mindestlohn
Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
© 2022 IW Medien / iwd

schon Eingriff bleibt und die Bundesregierung auch künftig Mindestlohnanpassungen vorgibt, anstatt dies der Mindestlohnkommission zu überlassen. Damit würde die – im Grundgesetz verankerte – Tarifautonomie gefährdet.

Diese fußt ja gerade darauf, dass die in der Mindestlohnkommission vertretenen Tarifpartner – Gewerkschaften und Arbeitgeber – am besten wissen, welche Lohnhöhen in den einzelnen Branchen adäquat und wirtschaftlich tragbar sind. Im Zuge dieses Miteinanders haben die Tarifpartner eine Reihe von Branchen-Mindestlöhnen beschlossen, die bereits jetzt teils deutlich über der 12-Euro-Marke liegen (Grafik):

Beschäftigte in der Glas- und Fassadenreinigung beispielsweise werden derzeit mit mindestens 14,81 Euro je Stunde entlohnt, Schornsteinfeger mit 13,80 Euro.

Auch in der Pflege mit ihren oft kritisierten Arbeitsbedingungen steht gelernten Kräften ab April ein Mindestlohn von 13,20 Euro pro Stunde zu.

In Wirtschaftsbereichen wie diesen bringt ein gesetzlicher Mindestlohn von 12 Euro also keine weiteren Fortschritte. Zugleich dürfte in Branchen, wo die bisherigen tariflichen Mindestentgelte deutlich unter 12 Euro liegen, der wirtschaftliche Druck auf die Unternehmen enorm steigen. Vor allem kleinere Betriebe werden sich möglicherweise aus der Tarifbindung verabschieden, weil sie neben dem Mindestlohn nicht auch noch die Tariflöhne von Beschäftigten höherer Entgeltgruppen stemmen können (siehe iwd 23/2021).

Die Bundesregierung begründet die Erhöhung des Mindestlohns nicht zuletzt mit dem Argument, es müsse sichergestellt werden, dass Menschen von ihrem Einkommen angemessen leben können. Die Ampelkoalition übernimmt damit die

Branchenspezifische Mindestlöhne: Teils deutlich über 12 Euro

Tariflich vereinbarte Mindestlöhne in Deutschland im Jahr 2022 in Euro je Stunde



Argumentation der EU-Kommission, die mit einer geplanten Richtlinie den Mindestlohn europaweit an den Bruttomedianlohn koppeln will (siehe iwd 25/2021). Doch auch diese Rechtfertigung für einen höheren Mindestlohn kann nicht wirklich überzeugen.

Erstens sind Beschäftigte in Deutschland relativ selten von Armut bedroht:

Von den Geringverdienern liegen gerade einmal 22 Prozent unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung. Von den Arbeitslosen hingegen sind fast 69 Prozent von Armut bedroht.

Wer aber keinen Job hat, profitiert auch nicht vom höheren Mindestlohn. Im Gegenteil ist nicht auszuschließen, dass die geplante starke Erhöhung des Mindestlohns

Stellen wegfallen lässt und somit das Armutsrisiko insgesamt sogar steigt.

Zweitens verkennt der europäische Ansatz, den Mindestlohn am Bruttomedianlohn auszurichten, die unterschiedliche Gestaltung der Sozialsysteme in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. So federt beispielsweise der französische Staat die Mindestlohnbelastung der Unternehmen dadurch ab, dass er die Sozialabgaben für Beschäftigte bis zu einem Gehalt vom 1,6-Fachen des Mindestlohns subventioniert. Dafür wendete Frankreich im Jahr 2019 mehr als 23 Milliarden Euro auf.

Eine solche Abfederung der Arbeitskosten gibt es für die Unternehmen in Deutschland nicht. Die höheren Kosten eines auf 12 Euro steigenden Mindestlohns müssten die Firmen daher allein schultern – mit negativen Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Eine wegweisende Wahl

Ungarn. Am 3. April wählen die Ungarn die 199 Abgeordneten ihres Parlaments neu. Die größten Oppositions- und mehrere Splitterparteien haben sich im Vorfeld zusammengeschlossen, um bessere Chancen gegen die amtierende Regierung zu haben. Deren Politik spaltet das Land und führt auch in der Europäischen Union zu Widerstand.

Wenn sich Parteien des gesamten politischen Spektrums – von rechts-konservativ über grün bis links – zusammenschließen, muss die Verzweiflung groß sein. In Ungarn ist das bereits 2019 bei den Kommunalwahlen geschehen. Dadurch war es der Opposition möglich, die Bürgermeisterämter der ungarischen Hauptstadt

Budapest sowie weiterer Städte des Landes zu gewinnen und so den Regierungsparteien Fidesz und KDNP Paroli zu bieten.

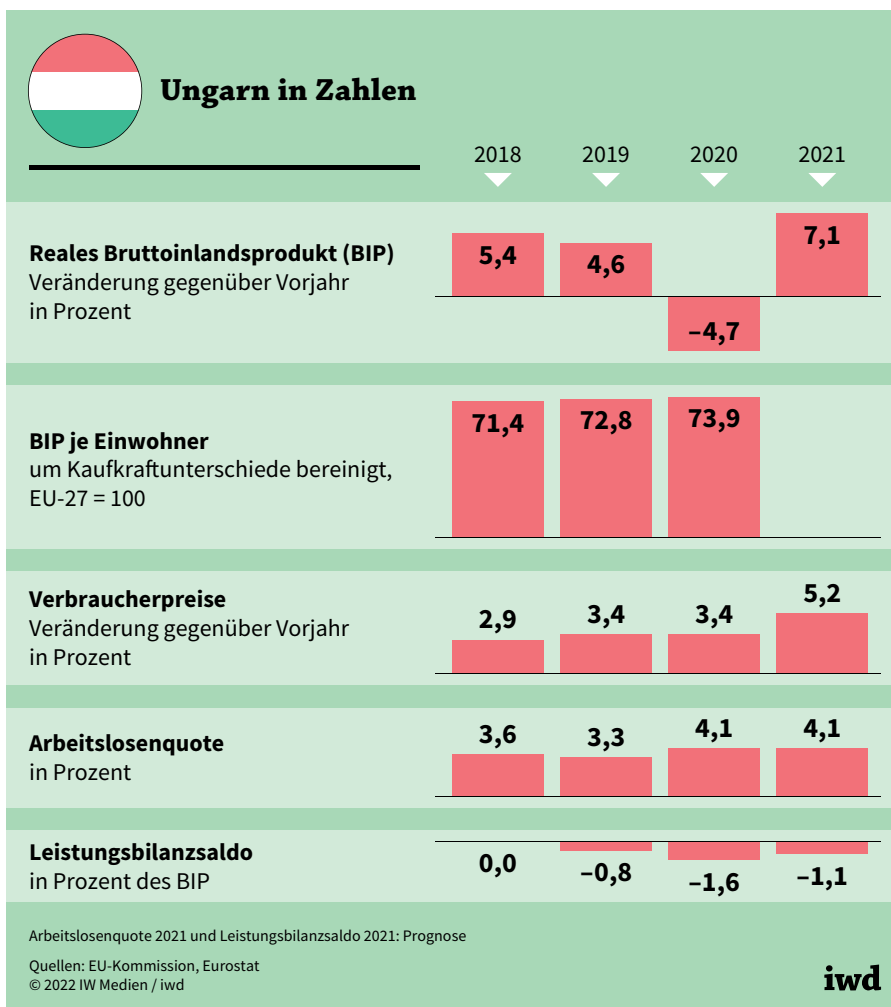
Nun will die Opposition bei der Parlamentswahl mit dem gleichen Konzept erfolgreich sein: In jedem der landesweit 106 Wahlkreise stellt sie nur einen gemeinsamen Kandida-

ten auf und hat sich zudem in Vorwahlen auf einen Bewerber für das Amt des Premierministers geeinigt: Der 49-jährige Péter Márki-Zay soll den amtierenden Regierungschef Viktor Orbán beerben. Der ist seit 2010 an der Macht und errang mit seinem Bündnis aus Fidesz- und KDNP-Partei 2018 sogar knapp die Zweidrittelmehrheit.

Seit 2010 hat die ungarische Regierung viele demokratische Errungenschaften in Ungarn untergraben. So ist das Verfassungsgericht mittlerweile mit regierungsfreundlichen Richtern besetzt, freien Medien wird das Leben schwer gemacht und die Hürden, um bei politischen Wahlen antreten zu können, wurden merklich erhöht. Im Jahr 2017 hat die Regierung außerdem die Central European University, die Anfang der 1990er Jahre vom ungarischen Milliardär George Soros in Budapest gegründet wurde, mit wissenschaftsfeindlichen Gesetzen aus dem Land gedrängt. In Ungarn grassiert zudem die Bestechlichkeit:

Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegt Ungarn mittlerweile nur noch Rang 73 von 180 mit lediglich 43 von 100 möglichen Punkten. Im Jahr 2012 hatte der Staat noch 55 Punkte erhalten.

Zum Vergleich: Deutschland belegt mit 80 Punkten Rang zehn und Staaten wie Ruanda (Platz 52)



oder Kuba (Platz 64) schneiden mittlerweile besser ab als Ungarn.

Gerade in der aktuellen Situation, in der die Welt gebannt Richtung Russland schaut und sich fragt, wie es dort so weit kommen konnte, zeigen sich frappierende Parallelen zum demokratiefeindlichen Handeln der ungarischen Regierung. Allerdings ist sich die Europäische Union des Problems in ihrer Mitte bewusst: Ende 2020 hat sie sich auf den neuen Rechtsstaatsmechanismus verständigt, der es der EU erlaubt, einem Mitgliedsstaat finanzielle Mittel zu kürzen, wenn er die Rechtsstaatlichkeit untergräbt. Ungarn klagte deshalb gemeinsam mit Polen, dessen Regierung seit einiger Zeit ebenfalls nicht sonderlich demokratisch unterwegs ist, vorm Europäischen Gerichtshof, scheiterte Mitte Februar dieses Jahres jedoch krachend.

Tatsächlich ist das EU-Geld die Stelle, an der die Regierung Orbán empfindlich zu treffen ist: 2020 flossen netto rund 5 Milliarden Euro an EU-Geldern nach Ungarn – ein beträchtlicher Batzen verglichen mit dem Bruttoinlandsprodukt Ungarns in Höhe von 137 Milliarden Euro im selben Jahr.

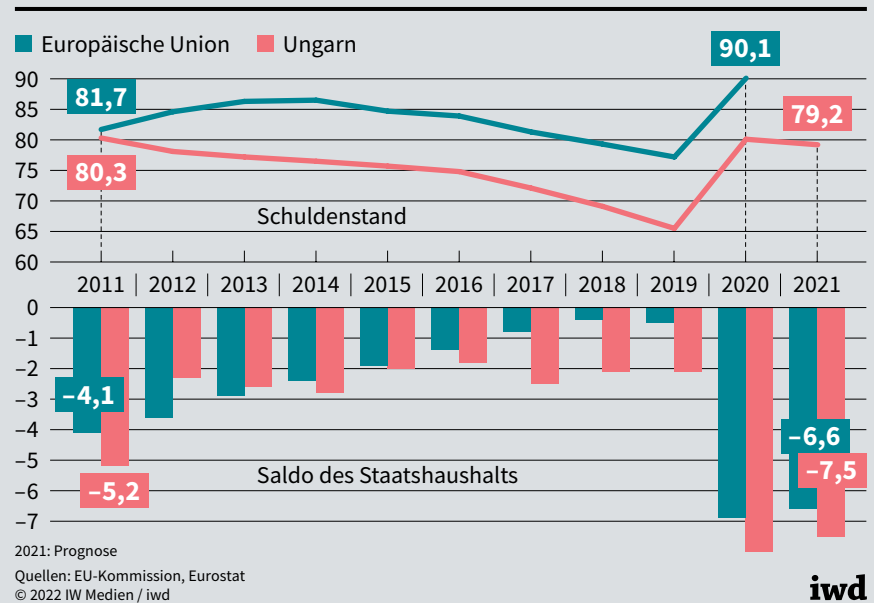
Trotz der demokratiefeindlichen Tendenzen der Regierung genießt diese – gerade auf dem Land und unter älteren Bürgern – viel Rückhalt. Ein Grund dafür ist, dass die Wirtschaft gut läuft (Grafik Seite 14):

Die Arbeitslosenquote in Ungarn lag 2021 bei 4,1 Prozent gegenüber 7,2 Prozent im EU-Durchschnitt.

Mit Blick auf die Staatsverschuldung steht das Land momentan

Ungarns Schulden bleiben unter dem EU-Durchschnitt

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



ebenfalls verhältnismäßig gut da (Grafik):

Der Bruttoschuldenstand Ungarns betrug 2020 rund 80 Prozent des BIP, im EU-Schnitt lag er bei etwa 90 Prozent. Allerdings ist die Neuverschuldung Ungarns am aktuellen Rand durchweg höher als im EU-Vergleich.

Gleichzeitig konnte Ungarn in den vergangenen Jahren aber das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner sukzessive dem EU-Schnitt annähern. Aktuell erreicht es rund 74 Prozent des EU-Werts.

Es ist also keineswegs ausgemacht, wer die Wahlen im April gewinnt. Und auch nicht, wie sich die Bürger bei jenen vier Referenden entscheiden, über die sie parallel zur Wahl abstimmen sollen. Alle vier betreffen das umstrittene „Kinderschutzgesetz“, das im Juni 2021 von

Ungarns Parlament verabschiedet wurde. In diesem Gesetz geht es unter anderem darum, dass im Schulunterricht nicht mehr über Homo- und Transsexualität informiert werden darf.

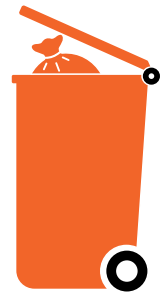
Ohnehin haben es Minderheiten in Ungarn unter der amtierenden Regierung immer schwerer, was auch von Amnesty International beklagt wird. Die Organisation sieht Parallelen zum russischen „Propagandagesetz“ von 2013, mit dem die Arbeit für die Rechte der LGBTQ+-Community erheblich eingeschränkt wurde. Mittlerweile weiß man, dass dieses Gesetz in Russland nur der Anfang einer systematischen Gleichschaltung und Entdemokratisierung war.

Auch deshalb dürfte die Wahl in Ungarn nicht nur für das Land selbst wegweisend sein, sondern für Europa insgesamt.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

78
Kilo

Verpackungsmüll pro Kopf fielen im Jahr 2020 bei den privaten Haushalten in Deutschland an. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Müllmenge um etwa sechs Kilogramm je Verbraucher zugelegt. Insgesamt wurden 2020 rund 6,5 Millionen Tonnen Verpackungen aus Kunststoff, Papier und Glas eingesammelt.

Am stärksten wuchs der Abfallberg aus Papier, Pappe und Kunststoff – 2020 wurden davon pro Kopf drei Kilogramm mehr weggeworfen als 2019. Ein Grund für den Zuwachs dürfte der wegen der Pandemie boomende Versandhandel gewesen sein. Die individuelle Abfallmenge variiert übrigens stark zwischen den einzelnen Bundesländern. So landet Rheinland-Pfalz mit 94 Kilo Verpackungsmüll pro Kopf an der Spitze. Am wenigsten schmeißen die Einwohner der drei Stadtstaaten weg.

Top-Liste: Die Frauenlücke

Wie viele Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, unterscheidet sich innerhalb der Europäischen Union sehr stark. Während in den skandinavischen Ländern, Deutschland, den Niederlanden und Litauen ungefähr 80 Prozent der im Land geborenen Frauen einen Job haben, gilt dies nur für gut 50 Prozent der Italienerinnen und Griechinnen. Frauen, die im außereuropäischen Ausland geboren wurden und nun in der Europäischen Union leben, sind in fast jedem EU-Staat seltener berufstätig als die dort geborenen Frauen. Besonders groß ist diese Beschäftigungslücke in Schweden, Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Finnland mit mindestens 20 Prozentpunkten. Nur in Tschechien, Malta und Polen ist die Erwerbstätigenquote der Frauen, die nicht aus der EU stammen, höher als jene der im jeweiligen EU-Land geborenen Frauen.

Frauenerwerbstätigkeit in der EU: Auch eine Frage der Herkunft

So viel Prozent der 20- bis 64-jährigen Frauen, die ..., gingen im Jahr 2020 einer Erwerbstätigkeit nach

	... im jeweiligen Land geboren sind	... außerhalb der EU geboren sind
Schweden	84,0	56,3
Deutschland	79,0	55,1
Niederlande	78,4	57,0
Litauen	76,2	67,8
Finnland	76,1	56,1
...		
Kroatien	62,3	52,1
Spanien	61,7	52,1
Rumänien	61,0	--
Italien	53,7	45,1
Griechenland	52,6	41,5

Rumänien: keine Erwerbstätigendaten verfügbar von Frauen, die außerhalb der EU geboren sind

Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Neu

Neu auf [iwd.de](https://www.iwd.de):

Wie abhängig ist Deutschland von Russland?

Deutschland importiert aus Russland vor allem jene Rohstoffe und Erzeugnisse, die am Anfang der Wertschöpfungskette vieler Produkte stehen. Damit ist die deutsche Wirtschaft abhängiger von Russland, als es auf den ersten Blick scheint. Welche Branchen besonders betroffen sind, lesen Sie auf [iwd.de](https://www.iwd.de).